

# Entschließungsantrag

des Abgeordneten Dr. Hübner  
und weiterer Abgeordneter

## betreffend Sparmaßnahmen im Bereich der Außenpolitik

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 2: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1910 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (Bundesfinanzgesetz 2013 - BFG 2013) samt Anlagen (1999 d.B.), Untergliederung 12 in der 181. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 14. November 2012**

Auf Grund der harten Wirtschaftslage und des Rekordschuldenstandes der Republik Österreich sollte es in bestimmten Bereichen starke Einsparungsmaßnahmen geben – dies trifft insbesondere den Bereich der Außenpolitik, wo es mehrere zentrale Möglichkeiten gibt, in großem Maße Steuermittel einzusparen.

Zum einen handelt es sich dabei um die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland, die dringend einer Evaluierung unterzogen werden müssen, bei denen auch hochnotwendig ein Überdenken des derzeitigen Systems angebracht wäre. So ist es beispielsweise nicht notwendig, in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union voll ausgestattete Botschaften zu unterhalten, darüberhinaus sind Gemeinschaftslösungen mit anderen Staaten anzudenken – insbesondere im Bereich des Konsularwesens.

Ein weiterer Bereich der österreichischen Außenpolitik, der nicht nur finanziell, sondern grundsätzlich reformiert und neu geordnet werden muss, ist die Entwicklungszusammenarbeit und die Gelder, die für Entwicklungshilfe aufgewendet werden. Dass die EZA-Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte vom Grundprinzip her gescheitert ist, lässt sich an der nicht besser werdenden Armut in den Dritte-Welt-Ländern deutlich ablesen. Daher ist auch hier in Zeiten der wirtschaftlichen Krise in Europa und Österreich stark einzusparen und das EZA-Budget, bzw. sind die Official-Development-Assistance (ODA)-relevanten Ausgaben drastisch zu kürzen und ist ein neues System der Entwicklungshilfe zu etablieren. Aus den derzeitigen Konzepten ist zu sehen, dass ein weiterer Ausbau der EZA-Bürokratie bei gleichzeitiger Zersplitterung der EZA-Mittel auf möglichst viele Einzelprojekte eine noch schlechtere Wirkung bei den eigentlich Hilfsbedürftigen bedeuten wird.

Mindestens ebenso wichtig ist es, im Bereich des österreichischen Nettobeitrages an die Europäische Union stark einzusparen. Der derzeitige Beitrag ist im Angesicht der Krise in dieser Größenordnung nicht vertretbar und muss nach freiheitlicher Auffassung mindestens halbiert werden, zumal die EU-Bürokratie nicht fähig ist, die Verschwendung von Steuergeld zu stoppen. Dabei ist in den derzeitigen Verhandlungen über das neue EU-Budget im Rahmen der rechtlichen Gegebenheiten darauf zu achten, zumindest keine Erhöhungen der derzeitigen Beiträge zuzulassen. In weiterer Folge sind gesetzliche Maßnahmen notwendig, wie beispielsweise die Beschränkung

der Aufgaben der Union oder die Renationalisierung bestimmter Politikbereiche, um ein deutliche Senkung zu erzielen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung mögen alle notwendigen Maßnahmen – auf nationaler, wie auf internationaler Ebene – ergreifen, um

- die Kosten für die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland spürbar zu senken,
- die ODA-relevanten Ausgaben der Republik Österreich drastisch zu kürzen, bis ein effizientes System etabliert ist,
- die Beiträge zu internationalen Institutionen deutlich zu reduzieren,
- die Beiträge der Republik Österreich an die Europäische Union spürbar zu senken.“

*Handwritten signatures and initials:*  
M. M. J. (top left)  
G. (top right)  
G. (middle left)  
L. P. (middle right)  
H. (bottom right)